

Umfrage: Staatsanleihen sollen Währung retten

Mario Draghi hatte es schon vor geraumer Zeit angekündigt: Er werde alles für den Erhalt des Euro tun. Seit Bekanntgabe der Planung von Ankäufen kurzlaufender Staatsanleihen von Schuldnerländern unter Auflagen sind die Meinungen dazu allerdings gespalten. Die Erwartungen an die EZB sind hoch, doch überschreitet sie mit diesem Vorhaben ihre Kompetenzen? Diese Frage wird heiß diskutiert, und selbst in der Bundespolitik scheiden sich die Geister. Doch wie bewertet die Bankenbranche dieses Vorgehen zur Rettung des Euro? Wie wirken sich die Maßnahmen auf das Bankengeschäft aus? Die Redaktion hat dazu Stellungnahmen bei ausgewählten Finanzdienstleistern eingeholt. (Nina Lück)

Aareal Bank AG

„Die Entscheidung der EZB, unter bestimmten und strengen Voraussetzungen Staatsanleihen in unbegrenztem Maß aufzukaufen zu wollen, ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer nachhaltigen Beruhigung der Finanzmärkte. Erste Anzeichen dafür haben wir bereits gesehen. Es muss sich nun zeigen, ob die EZB mit ihrem Programm für eine dauerhafte Stabilisierung sorgen kann. Dies würde sich positiv auf alle Marktteilnehmer und auch auf uns als Bank auswirken.“

Ein funktionierender Kapitalmarkt ist Voraussetzung für die künftige politische und wirtschaftliche Stabilität der Eurozone und eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik. Die EZB wird dafür aber nicht allein sorgen können. Deshalb kommt es jetzt mehr denn je darauf an, wie von der EZB angedacht, die geldpolitischen Maßnahmen mit glaubwürdigen, konsequenten und nachhaltigen Strukturreformen in den Krisenländern zu flankieren.“

Nancy Mönch, Pressesprecherin, Berliner Volksbank eG

„Die Berliner Volksbank begrüßt grundsätzlich alle Maßnahmen, die das Vertrauen in die Finanzmärkte zurückbringen und damit die Funktion der Kreditinstitute als wesentliche Mittler stärken und darüber hinaus die Konjunktur im Euroraum beleben. Daher bewerten wir die Ankündigung der EZB als positiv, sofern es die angestrebte Fiskalunion fördert und nicht als unbegrenzt anzusehen ist. Für das direkte Marktgebiet der Berliner Volksbank

gehen wir von mittelfristigen Effekten aus.“

Stephan Gawarecki, Vorstandssprecher, Dr. Klein & Co. AG

„Mit unbegrenzten Ankäufen von Staatsanleihen will die Europäische Zentralbank (EZB) erreichen, dass die bisher zu hohen Risikoaufschläge der Krisenländer wie Spanien und Italien sinken, um diesen Ländern die Sanierung der Staatshaushalte und die bereits eingeleiteten Reformen zu erleichtern.“

Führen die Maßnahmen der EZB tatsächlich über einen längeren Zeitraum zu einer Entspannung an den Kapitalmärkten, so ist ein deutlicher Anstieg der Rendite für langlaufende deutsche Staatsanleihen und damit auch der Zinssätze für Baufinanzierungen zu erwarten: Erstarkt das Vertrauen der Investoren in den Sanierungswillen der Eurokrisenländer, so werden diese wieder vermehrt in deren Staatsanleihen investiert. Dies hätte zur Folge, dass Kapital aus deutschen Staatsanleihen abgezogen würde und deren Renditen anstiegen.“

Sollte Deutschland jedoch für die Schulden anderer Länder aufkommen müssen, dann ist zu befürchten, dass seine Kreditwürdigkeit schlechter eingeschätzt wird und deshalb für die Aufnahme von neuen Schulden höhere Kosten entstehen. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen empfehlen wir Kunden, die eine Immobilie erwerben beziehungsweise bauen wollen oder auch eine bestehende Finanzierung ablösen möchten, sich umgehend die noch historisch günstigen Konditionen zu sichern. Um das Zinsänderungsrisiko zum

Ablauf der ersten Zinsbindung zu reduzieren, sollten lange Laufzeiten mit einer anfänglichen Tilgung von zwei Prozent kombiniert werden. Neben der Höhe der Zinsen sollten die Kunden darauf achten, dass kostenlose Optionen zum Tilgungssatzwechsel und zur Zahlung von Sondertilgungen enthalten sind, damit die Kunden eine größtmögliche Flexibilität haben.“

DZ Bank AG

„Obwohl die geplanten Maßnahmen erwartet worden waren, fielen die Marktreaktionen sehr positiv aus. (...) Im Zuge des neuen Programms wird die EZB auf ihren bevorrechtigten Gläubigerstatus verzichten, was die Position privater Investoren bei den entsprechenden Anleihen verbessert. Trotz der strengen Konditionierung bleiben die Anleihekäufe umstritten, da sie sich als nicht erlaubte Staatsfinanzierung interpretieren lassen. (...) Das neue Programm der EZB ist letztlich das Ergebnis einer institutionellen Entwicklung, die eine teilweise Vergemeinschaftung der Schulden akzeptiert, um die Zentrifugalkräfte in der Eurozone zu bremsen und die Währungsunion zu retten. Dafür sind allerdings auch weitere Reformbemühungen in den Krisenländern erforderlich.“

Für die Zinsprognose der DZ Bank führte das OMT-Programm der EZB zu einer Anpassung: Bislang wurde davon ausgegangen, dass Bundesanleihen wegen der sich konkretisierenden Perspektiven für Eurobonds mittelfristig einen Teil ihrer Attraktivität als sicherer Hafen verlieren könnten. Dieser Effekt könnte nun bereits früher eintreten, da die jüngste Entscheidung der Währungshüter nichts anderes ist als eine zumindest temporäre Vergemeinschaftung staatlicher Risiken. (...)“

Erik F. Nielsen, Global Chief Economist, UniCredit Bank AG

„I have three comments on the issue of conditionality: First, the EFSF/Esm is the

right place for macro conditionality in this regard because the eurozone governments are responsible here, but given its limited staff and experience, I was pleased to see the explicit reference to the IMF, and I was equally pleased to see that the ECB will not itself be involved in setting policy conditionality (no job for a central bank). Second, some have speculated about what the ECB would do in a scenario in which a country under the OMT falls out of compliance with its conditionality. The answer is clear: They'll stop the OMT but programs can be adjusted, so I fail to see the excitement about this. Third, there were also a number of additional conditions beyond the program for the ECB to activate the OMT (...). Even the objective of the OMT was left vague (to eliminate the tail-end risk of a eurozone break-up and to restore the transmission mechanism). My bottom line: Once a country has a program with the EFSF/ESM, the ECB has virtually complete flexibility whether it wants to intervene, or not (...).

So, what will be the result of the OMT? First, as our strategists observed in the title of Friday's "Curves and Crosses": "We stay bullish after the ECB's home run." And indeed, if the market continues to rally, as it should, the probability of ever seeing an activated OMT decline significantly. Certainly, nothing would please the ECB more. Second, the somewhat more likely scenario would be a breather period (or renewed market doubt), leading to some sell-off, followed by a Spanish request for a program – sometime over the next 4-8 weeks, which will then be agreed upon within a matter of a couple of weeks with relatively light conditions. But please do not call it "conditionality light" – anything "light" about it would simply reflect the significant policy changes already made in Spain.

Whether the activation of the program would trigger the OMT would all depend on where markets trade, but for the ECB to stay on hold, I'm pretty sure that Spanish yields would have to be much lower than their present level. (...)"

**Rudolf Conrads, Vorstandsvorsitzender,
Verband der PSD Banken e.V.**

„Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass der Erwerb von Staatsanleihen durch

die EZB – egal ob am Primär- oder am Sekundärmarkt – das Eingehen von Forderungspositionen der EZB gegenüber dem jeweiligen Staat darstellt. Dies entspricht einer Finanzierung von Staatshaushalten, die nicht mit der Aufgabe der EZB in Übereinstimmung zu bringen ist.

Insofern sind diese Maßnahmen der EZB generell abzulehnen. In Ausnahmesituationen, wie dies zum Beispiel aktuell der Fall ist, erscheint ein Ankauf von Staatsanleihen über den Sekundärmarkt als Ultima Ratio. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Interventionen zeitlich befristet und an Auflagen für den jeweiligen Schuldnerstaat gebunden sind.

Die Auflagen gegenüber den Schuldnerstaaten müssen dazu geeignet sein, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen des betreffenden Staates zu fördern. Ziel der Intervention sollte es sein, spekulative Zinsauschläge nach oben und damit einhergehende spekulative Kursverluste von Staatsanleihen zu begrenzen. Hiervon profitieren sowohl die betreffenden Schuldnerstaaten, die europäische Währung als auch die Halter der jeweiligen Staatsanleihen. Wichtig sind die Begrenzungen der Maßnahmen und die Durchsetzung der Sanktionen gegenüber den jeweiligen Emittentenstaaten, denn es besteht die sehr konkrete Gefahr, dass Staatsanleihenkäufe am Sekundärmarkt durch die EZB dauerhaft der indirekten Staatsfinanzierung dienen, die übrigen EU-Staaten ungewollt in Gläubigerpositionen gedrängt werden und ein Inflationspotenzial in den Euro-Mitgliedsländern aufgebaut wird.

Mit dem Ende der Staatsschulden- und Eurokrise müssen auch die Staatsanleihenkäufe am Sekundärmarkt der EZB beendet werden."

**Jürgen Pütz, Vorstandsvorsitzender,
Volksbank Bonn Rhein-Sieg eG**

„Die Bereitschaft der EZB zum unlimitierten Ankauf bis zu dreijähriger Staatsanleihen am Sekundärmarkt verstärkt und beschleunigt insbesondere den Prozess der Rückbildung der Risikoprämien für die europäischen Peripheriestaaten. Es ist ein klares Bekenntnis zum Euro, das zur Beruhigung der Kapitalmärkte beiträgt und wird deshalb von uns begrüßt.“

Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen



Verlag und Redaktion:

Verlag Fritz Knapp GmbH
Aschaffener Str. 19, 60599 Frankfurt,
Postfach 11 11 51, 60046 Frankfurt.

Telefon: (0 69) 97 08 33 - 0, Telefax: (0 69) 7 07 84 00
E-Mail: red.zfgk@kreditwesen.de
Internet: www.kreditwesen.de

Herausgeber: Klaus-Friedrich Otto

Chefredaktion: Dr. Berthold Morschhäuser,
Philipp Otto

Redaktion: Swantje Benkelberg, Dr. Kai Disselbeck,
Lars Haugwitz, Barbara Hummel, Frankfurt am Main

Redaktionssekretariat und Layout: Anja Oehrl

Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten ist anzugeben, ob dieser oder ein ähnlicher Beitrag bereits einer anderen Zeitschrift angeboten worden ist. Beiträge werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

Manuskripte: Mit der Annahme eines Manuskripts zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Autor das ausschließliche Verlagsrecht sowie das Recht zur Einspeicherung in eine Datenbank und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken in jedem technisch möglichen Verfahren. Die vollständige Fassung der Redaktionsrichtlinien finden Sie unter www.kreditwesen.de.

Verlags- und Anzeigenleitung: Uwe Cappel

Anzeigenverkauf: Claudio Weinbuch,
Tel. (0 69) 97 08 33-43

Anzeigendisposition:
Anne Guckes, Tel. (0 69) 97 08 33-26,
sämtl. Frankfurt am Main, Aschaffener Str. 19.

Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 1.1.2012 gültig.

Zitierweise: KREDITWESEN

Erscheinungsweise: am 1. und 15. jeden Monats.

Bezugsbedingungen: Abonnementspreise incl. MwSt. und Versandkosten: jährlich € 491,22, bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 252,30, 1/4-jährlich € 128,60. Ausland: jährlich € 513,54. Preis des Einzelheftes € 20,00 (zuzügl. Versandkosten).

Bestandteil des Abonnements ist eine 4-mal jährlich erscheinende Ergänzungsausgabe (Supplement) „Technik – IT für Finanzdienstleister“.

Verbundabonnement mit der Zeitschrift »bank und markt«: € 746,25, bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 392,00, 1/4-jährlich € 204,30. Ausland: jährlich € 773,61.

Studenten: 50% Ermäßigung (auf Grundpreis).

Der Bezugszeitraum gilt jeweils für ein Jahr. Er verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraumes eine schriftliche Abbestellung vorliegt. Bestellungen direkt an den Verlag oder an den Buchhandel.

Probeheftanforderungen bitte unter
Tel.: (0 69) 97 08 33-25 oder -32.

Bei Nichterscheinen ohne Verschulden des Verlags oder infolge höherer Gewalt entfallen alle Ansprüche.

Bankverbindung: Landesbank Hessen-Thüringen – Girozentrale – 10 555 001 (BLZ 500 500 00), Frankfurt am Main.

Druck: Druckerei Hassmüller Graphische Betriebe GmbH & Co. KG, Königsberger Str. 4, 60487 Frankfurt am Main.

ISSN 0341-4019

